



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Elisabeth Augstburger, Grüne/EVP-Fraktion:
Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende und
Sozialhilfebezüger**

Autor/in: [Elisabeth Augstburger](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 25. Februar 2016

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Jedes Jahr kommen zahlreiche Flüchtlinge auch in unseren Kanton. Etliche arbeiten in einem Integrationsprogramm, um eine Tagesstruktur zu haben und später eine Arbeitsstelle zu finden. Asylbetreuungsfirmen, die auch Förder- und Integrationsprogramme anbieten, profitieren davon. Gemäss verschiedenen Berichten der Basler Zeitung vom Dezember 2015 schiessen diese Anbieter "wie Pilze aus dem Boden". Die Kosten für fast alle Kurse entsprechen dem Betrag, den der Kanton pro Person und Monat maximal entrichtet.

Die Gemeinden beantragen die Kurse, der Kanton bezahlt diese. Er ist gemäss Asylverordnung auch "Kompetenzzentrum für Eingliederung". Die Gemeinden gehen davon aus, dass der Kanton die verschiedenen Anbieter kennt und die Programme kontrolliert. Das Baselbieter Sozialamt hat jedoch 170 Angebote auf der Liste, die es anerkennt. Nur fünf Konzepte wurden bis heute abgelehnt. Diese Liste ist von grosser Bedeutung. Wer es darauf geschafft hat, dessen Rechnungen werden ungeprüft bezahlt. Der Kanton zahlte letztes Jahr insgesamt 1,7 Millionen Franken für verordnete Angebote im Asylbereich - ein grosses Geschäft für die Anbieter.

Mehrere Baselbieter Gemeinden führen erfolgreich Integrationsprogramme durch. Eine sinnvolle Massnahme, damit Asylsuchende nach fünf bis sieben Jahren nicht in die Sozialhilfe fallen.

Ich bitte die Regierung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Werden die Förder- und Integrationsprogramme regelmässig kontrolliert und evaluiert?
2. Welche Anforderungen soll ein Anbieter der Beschäftigungsprogramme erfüllen, damit es die Firma auf die Liste schafft?
3. Ein grosser Teil der Gemeinden bietet noch keine Beschäftigungsprogramme an. Werden diese motiviert, ebenfalls solche anzubieten? Wenn ja, wie?
4. Sind der Kanton bzw. die Gemeinden informiert, wie viele Asylsuchende an welchen Programmen teilnehmen?

Ich bedanke mich für die Beantwortung meiner Fragen.